

GESAMTPERSONALRAT AKTUELL

Mitteilungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Personalräte und Frauenbeauftragten der bremischen Verwaltungen und Betriebe



Auskunft erteilt: Doris Hülsmeier
Telefon: 361-2215

-Rundschreiben Nr. 02 vom 12. Januar 2011

Die neue MUMM ist da!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Herbst fanden zahlreiche Aktionen von Beschäftigten und ihren Gewerkschaften statt, die sich kritisch mit der Rente mit 67, der Aufgabe des Solidarprinzips im Gesundheitswesen und mit der Unterfinanzierung öffentlicher Dienstleistungen auseinandersetzten. Die **MUMM** 1-2011 informiert in Bildern über die bremischen Aktivitäten zu „gerecht geht anders“.

Lob für die Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes gab es vom Präsidenten des Senats, Bürgermeister Jens Böhrnsen, bei einer Personalräteversammlung. Angesichts der Schuldenbremse eröffnete er den anwesenden InteressenvertreterInnen jedoch wenig Perspektiven. Auf ernsthafte Probleme bat er, aufmerksam gemacht zu werden.

Für Beschäftigte in belastenden Arbeitsfeldern, die früher aufhören (müssen), bedeutet die Rente/Pension mit 67 indirekt eine Renten-/Pensionskürzung. Ver.di, GEW und GdP beschreiben die Situation in verschiedenen belastenden Bereichen des öffentlichen Dienstes.

Renate Sternatz von der ver.di-Bundesverwaltung erklärt Überlastungsanzeigen als Mittel der Beschäftigten gegenüber dem Arbeitgeber. Sie empfiehlt, das Instrument Überlastungsanzeige als Nachweis für unhaltbare Zustände, wie z.B. anhaltender Personalmangel, einzusetzen.

In unserer Rubrik Vor Ort stellen wir die Amtsvormundschaft des Amtes für Soziale Dienste und die Wasserschutzpolizei vor.

Seite 1 von 2

Gesamtpersonalrat
für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Knochenhauerstr. 20/25
28195 Bremen
Fax: 496-2215
E-Mail: gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de
Internet: www.gesamtpersonalrat.bremen.de



Unsere Reihe über Prekäre Beschäftigungsverhältnisse im bremischen öffentlichen Dienst setzen wir fort; diesmal mit einem Bericht über prekäre Beschäftigung bei wissenschaftlichen MitarbeiterInnen an Universitäten und Hochschulen.

Am 22. Mai 2011 ist Bürgerschaftswahl. **MUMM** berichtet über das neue Wahlrecht.

Das Bremische Landesgleichstellungsgesetz ist 20 Jahre jung. Kornelia Koczowski, Frauenbeauftragte beim Amt für Soziale Dienste, schildert ihre Erfahrungen mit dem Gesetz.

Gute Arbeit braucht Beteiligung. Die Dienstvereinbarung Beschäftigtenbeteiligung wurde nach langen Verhandlungen endlich unterzeichnet. Auch die Beschäftigten profitieren davon.

Nicht zuletzt geht es um mehr Geld und nicht weniger: Die Tarif und Besoldungsrunde 2011 für die Tarifbeschäftigten der Länder und die Beamtinnen und Beamten steht bevor. Onno Dannenberg, Bereichsleiter Tarifpolitik öffentlicher Dienst der ver.di-Bundesverwaltung, macht deutlich, dass es zur Durchsetzung der Forderungen in dieser Tarifrunde darauf ankommt, dass alle Beschäftigten sich beteiligen.

Zu guter Letzt stellt Burkhard Winsemann fest, dass es bei der Laufzeitverlängerung nur vordergründig um Kernkraftwerke geht.

Anliegend erhaltet ihr die **MUMMs** für eure Dienststelle (eventuell auch mit getrennter Post). Wir sind - wie immer - bei der Verteilung der **MUMM** an die Kolleginnen und Kollegen auf eure Unterstützung angewiesen. Wir danken herzlich für eure Hilfe! Bitte sagt Bescheid, wenn euer Kontingent nicht ausreicht.

Ergänzend ist demnächst auch die elektronische Fassung der **MUMM** im Internet zu finden unter www.gpr.bremen.de.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen.

Mit kollegialen Grüßen



Doris Hülsmeier
Vorsitzende

Anlage